

Fragestunde

1555. SPD-Fraktion

Abgeordnete Klara Geywitz

- Ausbildungsstellen -

Derzeit suchen viele Schülerinnen und Schüler sowie Bewerberinnen und Bewerber eine betriebliche Ausbildungsstelle für August/September 2014. Gleichzeitig beklagen sich viele Unternehmen, dass ihre Lehrstellen unbesetzt bleiben. Hinzu kommt, dass viele junge Menschen außerhalb Brandenburgs einen Ausbildungsvertrag abschließen.

Ich frage die Landesregierung: Liegen ihr Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die Qualität der Ausbildung oder die vereinbarten Ausbildungsvergütungen einen Beitrag liefern zu diesem Dilemma?

1556. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Marco Büchel

- Konstituierung vom Gemeinsamen Landesgremium -

Im Sinne des § 90a SGB V wurde im Land Brandenburg mit einem Landesgesetz die Einrichtung eines gemeinsamen Landesgremiums gesetzlich geschaffen. Mitglieder sind Vertreter der diversen Institutionen der gesundheitlichen Versorgung. Die Konstituierung dieses Gremiums fand am 12. März statt.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Verabredungen wurden auf der konstituierenden Sitzung getroffen?

1557. CDU-Fraktion

Abgeordnete Barbara Richstein

- Beteiligung des Landes Brandenburg am EU-Schulobst- und -gemüseprogramm -

Brandenburg hat sich seit dem Schuljahr 2009/2010 im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht am EU-Schulobstprogramm beteiligt. Die Landesregierung hat dies damit begründet, dass das Programm zu bürokratisch und kostspielig sei. Im Rahmen der Beratungen zur Einheitlichen Gemeinsamen Marktordnung ist das Programm nunmehr in Schulobst- und -gemüseprogramm umbenannt worden. Zudem stellt die Europäische Union mit dem Schuljahr 2014/2015 jährlich europaweit 150 Millionen Euro Gemeinschaftsbeihilfe für die Mitgliedstaaten bereit. Außerdem steigt

der Kofinanzierungsanteil der EU am Programm von 50 Prozent auf 75 Prozent und der Kostenanteil der Bundesländer sinkt nunmehr auf 25 Prozent.

Ich frage die Landesregierung: Ab wann bzw. in welcher Form wird sich das Land Brandenburg an dem Schulobst- und -gemüseprogramm der Europäischen Union beteiligen, um Kindern im Alter von sechs bis zehn Jahren den täglichen Verzehr von frischem Obst und Gemüse in der Schule zu ermöglichen?

1558. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordnete Ursula Nonnemacher

- Welche Regeln gelten bei der Erfassung von Straftaten? -

Die bundeseinheitliche Richtlinie des Bundeskriminalamtes zur Erfassung von Straftaten soll eine einheitliche und damit vergleichende Kriminalitätsstatistik in den Ländern sicherstellen. Die Regeln seien laut Innenministerium teilweise jedoch sehr kompliziert und seit Jahren Gegenstand bundesweiter Diskussionen. Deshalb habe die Polizeidirektion West eine eigene Dienstanweisung als Hilfestellung herausgegeben. In dieser Handlungsanweisung vom 25.08.2013 wird nunmehr angewiesen, aufgrund des kriminalistischen Erfahrungswissens insbesondere Diebstähle innerhalb von einer Nacht bzw. eines Tages innerhalb derselben Straße als eine Tat zu werten, sofern jedes angegriffene Objekt in Sichtweite zumindest zu einem weiteren Angriffsobjekt liegt.

Brandenburg will die Dienstanweisung nun landesweit einführen und auch auf Bundesebene entsprechende Änderungen durchsetzen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Inwieweit kann Brandenburg abweichend von der klar geregelten Bundesrichtlinie eigene Auslegungen aufstellen, wenn doch die Richtlinie des BKA eine einheitliche und vergleichende Kriminalstatistik sicherstellen soll?

1559. SPD-Fraktion

Abgeordneter Mike Bischoff

- Grenzüberschreitender Ausbau der Hohensaatener-Friedrichsthaler-Wasserstraße -

Zwischen Deutschland und Polen wurde vor Jahren der umweltverträgliche Ausbau der grenzüberschreitenden Wasserstraße zwischen den Häfen Schwedt und Stettin vereinbart. Der Ausbau soll den Einwegverkehr für Küstenmotorschiffe ermöglichen, indem Engstellen beseitigt und der frühere Tiefgang wiederhergestellt wird. Das vorbereitete deutsch-polnische Regierungsabkommen ist bislang nicht unterzeichnet und ratifiziert.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Sachstand zum grenzüberschreitenden Ausbau der Hohensaatener-Friedrichsthaler-Wasserstraße?

1560. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Gerrit Große
- Erhöhung der Vertretungsreserve -

Im Nachtragshaushalt wurden 10 Millionen Euro zusätzlich für die Erhöhung der Vertretungsreserve eingestellt. Davon sollen für 5 Millionen Euro 100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die restlichen 5 Millionen Euro sollen den Schulen zur Verfügung stehen, um schnell und unbürokratisch die Unterrichtsvertretung für erkrankte Lehrkräfte zu organisieren.

Ich frage die Landesregierung: Welche Zwischenbilanz kann sie nach drei Monaten ziehen?

1561. SPD-Fraktion
Abgeordnete Jutta Lieske
- Kurort-Status für Bad Freienwalde -

Die Erteilung der unbefristeten staatlichen Anerkennung als „Moorheilbad“ für die Stadt Bad Freienwalde im Jahr 2003 war mit mehreren Auflagen verbunden. Zehn Jahre später, im Oktober 2013, erhielt die Stadt Bad Freienwalde einen Brief vom Landesfachbeirat für Kur- und Erholungsorte Brandenburg mit der dringenden Empfehlung, die Abarbeitung eines Kriterienkatalogs zu beginnen. Dem ging eine Visitation des Beirates vor Ort voraus. Ohne die kurzfristige Einleitung der sich aus der Visitation ergebenden Maßnahmen, kann kein positives Votum zur Erhaltung der Artbezeichnung staatlich anerkanntes „Moorheilbad“ nach dem Brandenburgischen Kurorte-Gesetz für Bad Freienwalde abgegeben werden. Bis zum 31. März 2014 wurde der Stadt Bad Freienwalde dafür vom Landesfachbeirat eine Frist gesetzt.

Ich frage die Landesregierung: Sind beim Landesfachbeirat für Kur- und Erholungsorte Brandenburg Informationen der Stadt Bad Freienwalde eingegangen, welche Maßnahmen zur Abarbeitung des Kriterienkataloges eingeleitet wurden, um nach dem Brandenburgischen Kurorte-Gesetz weiterhin den Titel staatlich anerkanntes „Moorheilbad“ führen zu dürfen?

1562. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Dr. Michael Luthardt
- Stand der Übertragung der von der BVVG übernommenen Seen -

Gemäß Beschluss der Landesregierung sollen 20 der 65 von der BVVG übernommenen Seen im Eigentum des Landes bleiben, während für 45 Seen das Interesse der Kommunen an einer Übernahme abgefragt werden soll.

Ich frage die Landesregierung: Welchen aktuellen Stand gibt es hinsichtlich der Eigentumszuordnung der Seen?

1563. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter René Kretzschmar
- Berlin-Brandenburg-Ticket -

Der Presse war zu entnehmen, dass für Schüler- bzw. Kindergruppen das Berlin-Brandenburg-Ticket nur gilt, wenn die Reise nach 9 Uhr angetreten wird. Mit diesem Ticket könnten fünf Personen im Raum des Berlin-Brandenburger Verkehrsverbund einen Wochentag unterwegs sein. Für Gruppenreisen im weiteren Verflechtungsraum des Landes Brandenburg ist dies ein gutes Angebot, allerdings ist die restriktive 9-Uhr-Grenze realitätsfern. Bislang soll auf Antragstellung hin, Reisen für den genannten Personenkreis möglich gewesen sein, jetzt sollen sogar Strafen verlangt werden.

Daher frage ich die Landesregierung: Was unternimmt sie, um den noch im vergangenen Jahr verfolgten Weg der Antragstellung für Kinder- und Schülergruppen für ein Berlin-Brandenburg-Ticket auch vor 9 Uhr wieder zu ermöglichen?

1564. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordnete Marie Luise von Halem
- Perspektivvertrag für die Weiterbildung -

Der Landtag hat im September 2013 beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, gemeinsam mit den Trägern der Erwachsenen- und Weiterbildung einen Perspektivvertrag über die kommenden drei Jahre zu schließen. Darin sollen Fragen der Qualitätsentwicklung, der Entlohnung der Lehrenden, der Ausweitung des Angebotsspektrums sowie der Grundbildung geklärt werden.

In der Plenarsitzung im November 2013 hat die Bildungsministerin auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Krause zu dem Thema geantwortet, dass „wenn alles nach Plan verläuft, [...] Mitte Januar ein Auftaktgespräch [geführt wird], und wir [...] Sie mit Ihrer Sachkompetenz auch gern an diesen Gesprächen beteiligen [wollen].“

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stand haben die Verhandlungen mit den Trägern der Erwachsenen- und Weiterbildung über einen Perspektivvertrag?

1565. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Kerstin Meier
- Beteiligung von lokalen und regionalen TV-Anbietern an den Rundfunkgebühren? -

Im Rahmen der öffentlichen Debatte über die Verwendung der Überschüsse beim Rundfunkbeitrag plädiert der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten und Direktor der Landesanstalt für Medien (LfM) in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Brautmeier, für die Unterstützung von lokalen und regionalen Privatsendern aus dem Topf der Rundfunkbeiträge, wenn ihr Angebot im öffentlichen Interesse ist. Die Vergabe dieser Mittel könne über die Gremien der Landesmedienanstalten erfolgen. Eine unmittelbare Programmförderung privater Rundfunkveranstalter wird wegen des Gebots der Staatsferne des Rundfunks verfassungsrechtlich sehr problematisch gesehen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position hat sie zum Vorschlag einer Beteiligung von lokalen und regionalen TV-Anbietern an den Rundfunkgebühren?

1566. fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Bienensterben durch Aushöhlung der EU-Landwirtschaftsrichtlinien befürchtet -

Das Überleben vieler Bienenvölker ist durch weitere Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft gefährdet. Die Öffentlichkeit ist alarmiert, viele wehren sich dagegen. Auch deshalb hat die Europäische Union ihre Agrarpolitik in wichtigen Punkten geändert. Neue Richtlinien der EU-Agrarpolitik sehen vor, dass Landwirte auf fünf Prozent ihrer Fläche die ökologische Vielfalt fördern sollen. Nur dann erhalten sie Fördermittel in voller Höhe. Bei der Umsetzung in deutsches Recht will die Bundesregierung dieses Ziel nun aushöhlen. Sie möchte Landwirten erlauben, auf diesen Schutzflächen Pestizide und Kunstdünger einzusetzen. Mit Natur und Vielfalt hat eine solche Politik nichts zu tun. Dringend benötigter Lebensraum für Bienen entsteht so nicht.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zu diesem Problem auf der Beratung der Landwirtschaftsminister der Bundesländer am 3. April 2014?

1567. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kerstin Kaiser

- Europapolitische Erklärung der Landtagspräsidentenkonferenz -

Im Dezember 2013 verabschiedete die Landespräsidentenkonferenz eine Europapolitische Erklärung. Darin wird betont, dass „Unterrichtungsrechte der Landesparlamente gegenüber den Landesregierungen am Maßstab der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze zu Qualität, Quantität und Aktualität der Unterrichtung auszuliegen sind“.

Hintergrund sind die Aktivitäten der Bundesregierung in Brüssel, welche für Landespolitik schnelleren Handlungsbedarf erfordern. Gefordert wird ebenso die Überarbeitung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der EU (EUZBLG).

Angesichts der EU-weiten Krisenbewältigungsprogramme und der Verhandlung zu einem sogenannten Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europäischer Kommission und den USA gewinnt die Einbeziehung und Mitwirkung der Länder an Bedeutung.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Form bzw. mit welchem Inhalt befasst sie sich mit der Europapolitischen Erklärung der Landtagspräsidentenkonferenz vom Dezember 2013?

1568. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Peer Jürgens
- Kastration von streunenden Katzen -

In einigen Regionen Brandenburgs werden streunende Katzen immer mehr zum Problem. Die Veterinärämter arbeiten hier eng mit den Tierschutzorganisationen zusammen, um Kastrationen durchzuführen. Doch vor kurzem hat die Brandenburger Tierärztekammer die Behörden informiert, dass die Ämter keine tierärztlichen Praxistätigkeiten durchführen dürfen. Daher ist ein planvolles Vorgehen gegen streunende Katzen schwieriger geworden. Auch der finanzielle Aufwand, der zwischen 50 Euro und 120 Euro liegt, ist erheblich.

Ich frage die Landesregierung: Wie kann sie den Landkreisen und Kommunen bei der Eindämmung lokaler Katzenplagen, z. B. durch Kastration, behilflich sein?

1569. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann
- Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners -

Presseberichten zufolge ist in diesem Jahr mit einem geringeren Bestand von Eichenprozessionsspinnern zu rechnen. Nach dem kalten Frühjahr 2013 und den Bekämpfungsmaßnahmen ist die weitere Zunahme offenbar gestoppt.

Ich frage die Landesregierung: Wie sieht sie die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, 2014 eine großflächige Bekämpfung - ähnlich wie 2013 - mit Unterstützung des Landes durchzuführen?

1570. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordnete Marie Luise von Halem
- Förderung von Kunstschulen -

Im Januar dieses Jahres beschloss der Landtag Brandenburg das Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen (Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz - BbgMKSchulG). Das Gesetz legt unter anderem fest, dass Kunstschulen durch das Land gefördert werden, wenn sie über eine gültige Anerkennung verfügen.

Obwohl das Gesetz zum 1. Januar 2014 in Kraft trat, gibt es bis heute kein Verfahren, nach dem die Schulen sich um ihre Anerkennung und damit für eine Landesförderung bewerben können. Auch die dem Gesetz zugehörige Rechtsverordnung wurde noch nicht veröffentlicht. Das heißt, dass die Kunstschulen des Landes Brandenburg bis heute weder Geld aus dem Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen beantragen noch damit ihren Haushaltsplan 2014 unter Einbezug gesetzlich abgesicherter Landesgelder aufstellen können.

Ich frage die Landesregierung: Wann werden die Kunstschulen, die für das Jahr 2014 eine Anerkennung erhalten, mit einer Auszahlung der Mittel für das laufende Haushaltsjahr rechnen können?

1571. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kerstin Kaiser**- Kindertagespflege als Ehrenamt? -

In einem Schreiben des Landkreises Märkisch-Oderland an den Verein „Kindertagespflege MOL e.V.“ werden die „laufenden Geldleistungen für Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII vom Gesetzgeber als nicht existenzsichernde Vergütung angesehen. Neben den Sachkosten ist ein Geldbetrag zur Anerkennung der Erziehungsleistung zu zahlen, dieser Betrag soll leistungsgerecht ausgestaltet werden und der Würdigung eines gesellschaftlichen Beitrags dienen aber nicht zum Unterhalt der Tagespflegeperson.“

Ich frage daher die Landesregierung: Teilt sie die Ansicht des Landkreises Märkisch-Oderland, dass bei Betreuungszeiten von 30 Stunden und mehr die Bezahlung einer Tagespflegeperson nicht existenzsichernd sein soll?

1572. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Marco Büchel**- Radweg entlang der B 1/B 5 OD Fredersdorf-Vogelsdorf -

Durch die Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf verläuft die vielbefahrende B 1/B 5. Seit längerem gibt es vor Ort Gespräche über einen möglichen Radweg entlang dieses Straßenabschnittes. Insbesondere die Varianten für den möglichen konkreten Radwegverlauf und auf welcher Straßenseite dieser verlaufen soll, sind von besonderem Interesse.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkrete Planung gibt es für die möglichen Varianten für einen Radweg in der Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf entlang der B 1/B 5?

1573. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Jürgen Maresch**- Entschuldungsprogramm des Landes Brandenburg für die kreisfreie Stadt Cottbus -

In einem Artikel der Lausitzer Rundschau vom 10. März 2014 wird der Ministerpräsident des Landes Brandenburg wie folgt zitiert: „Wir sind uns einig, dass wir weitere Schritte gehen müssen, um die Handlungsfähigkeit zu wahren und insbesondere die kreisfreien Städte zu entlasten. Deshalb arbeiten wir gemeinsam an Lösungen für ein Entschuldungsprogramm.“

Dieses Zitat ist bemerkenswert, da die Stadt Cottbus seit Jahren beklagt, dass das Land Brandenburg an Cottbus übertragene Aufgaben - hier vor allem im sozialen Bereich - nicht ausfinanziert und Cottbus für diese übertragenen Aufgaben massive finanzielle Einschnitte hinnehmen muss.

Ich frage die Landesregierung: Wie konkret bzw. über welchen Zeitraum wird sich das vom Ministerpräsident dargestellte Entschuldungsprogramm für die Stadt Cottbus hinziehen?

1574. fraktionslos**Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann****- Stellenabbau und Auslagerungen bei Vattenfall -**

Kampagnen wie „Pro Lausitzer Braunkohle“, „Meine Stimme fürs Revier“ und die Landesregierung führen immer an, dass durch die Braunkohlenindustrie nicht nur quantitativ viele Arbeitsplätze in der Lausitz gehalten werden, sondern auch qualitativ hochwertige und gut bezahlte Industriearbeitsplätze zur Wirtschaftskraft beitragen. Deshalb sei die Braunkohlenindustrie auch zukünftig für das Land Brandenburg unverzichtbar.

Ende Februar wurde jedoch von Seiten der Konzernleitung – plötzlich und ohne Vorankündigung – der Verkauf der Ingenieursgesellschaft Vattenfall Europe PowerConsult GmbH (VPC) mit 535 hoch qualifizierten Ingenieuren bekannt gegeben. Zudem berichtete unter anderem der rbb Anfang Februar, dass der geplante Abbau von 1.500 Stellen bis zum Jahresende laut Einschätzung des Deutschland-Chefs von Vattenfall Tuomo Hatakka nicht ausreichend sein wird und weitere Einschnitte geplant sind. Insbesondere die Verlagerung ganzer Verwaltungseinheiten nach Schweden und die Reduzierung der Auftragsvergaben an regionale externe Dienstleistungsunternehmen – sicher mit Folgen für deren Arbeitsplätze – lassen Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Konzerns im Hinblick auf eine aktive Mitgestaltung bei der Umsetzung der Energiestrategie des Landes Brandenburg aufkommen. Regionalentwicklung und Wirtschaftskraft lassen sich auf dieser Grundlage schwer prognostizieren.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie bewertet sie entsprechende Verlautbarungen des Bergbauunternehmens mit Bezug auf die Sozialraumprognose und auf die Entwicklung zukünftiger Wertschöpfung im Süden des Landes Brandenburg?